

# Bauen ja, wohnen nein

Politik einigt sich auf Kompromiss für den Umgang mit der Freizeitbadfläche

Von Sebastian Smulka

**Massen. Was die Zukunft des früheren Freizeitbad-Areals angeht, einigt sich die Politik auf einen gangbaren Weg: Eine Bebauung wäre wünschenswert, muss aber nicht mit Wohnungen geschehen.**

Die Fläche an der Grenze zwischen Ober- und Niedermassen steht mit 27.107 Quadratmetern in einer Liste der städtischen Baugrundpotenziale. Ein Antrag der CDU-Fraktion im Stadtrat drängt nun darauf, dieses Potenzial zu erschließen. Aus Massen äußerten Ortsvorsteher Dr. Peter Kracht und die SPD-Ortsvereinsvorsitzende Renate Nick Kritik an dem Vorstoß: Die Fläche liegt in der Einflugschneise des Dortmunder Flughafens. Dort Menschen anzusiedeln, stehe im Widerspruch zu Unnas Argumenten gegen Nachtflug und Pistenausbau.

Im Haupt- und Finanzausschuss präzisierte Fraktionschef Rudolf Fröhlich nun die Haltung der CDU. „Wir hängen nicht an einer Wohnbebauung“, stellte er klar. Aber entwickeln müsse man die Fläche doch. „Keinesfalls sollte es eine Hundewiese



Seit dem Abriss im Sommer 2012 wird die Fläche des Freizeitbades nur noch gelegentlich als Weideland genutzt. Nun denkt die Politik über eine Bebauung nach.

Foto: Archiv

werden, denn es wäre eine sehr teure, vielleicht die teuerste in Deutschland schlechthin“, verwies Fröhlich auf einen Erbpachtvertrag, der die Stadt noch 60 Jahre zur Zahlung für eine zurzeit ungenutzte Fläche verpflichtet.

Gegen eine bauliche Entwicklung an sich stellt sich auch die SPD nicht, wenn das Thema „Wohnen“ dabei

ausgeklammert bleibt. Ratsfrau Renate Nick hatte optimistisch die Idee eines neuen Freibades ausgesprochen. Klaus Göldner von der FLU-Fraktion erinnerte sogar daran, dass es Beschlusslage sei, die Option eines Freibadbaus zu erhalten für den Fall, dass die Stadt mal wieder Geld hat. „Das haben wir dem Bürger so versprochen“, erklärte er im Haupt-

und Finanzausschuss.

Unnas Technischer Beigeordneter Ralf Kampmann betont, dass diese Fläche nicht zu denen gehöre, die „vordringlich ans Netz müssten“. Für eine spätere Sitzung des zuständigen Fachausschusses will er nun einen Bericht vorbereiten, der aufzeigen soll, welche Nutzungen auf der Fläche überhaupt zulässig und denkbar sind.